

Pierre Larroutou, Warum die Empörten Recht haben

Inhalte eines in der Pariser Tageszeitung Le Monde am 25.10.2011 (S.20) erschienenen Debattenbeitrags.

Originaltitel: „Pourquoi les indignés ont raison“

Larroutou, Agrar- und Politikwissenschaftler Jahrgang 1964, ist Autor des 2007 veröffentlichten „Schwarzbuch des Liberalismus“ („Le Livre noir du libéralisme“, Vorwort Michel Rocard, Verlag éditions du Rocher) und Autor von „Überlegungen zur Vermeidung eines ultimativen Krachs“ („Pour éviter le Krach ultime“, Vorwort Stéphane Hessel, Verlag Novus édition, ohne Zeitangabe).

Larroutou verließ 2009 die sozialistische Partei PS und arbeitet im politischen Beraterstab der frz. Grünen „Europe-Écologie“.

Innerhalb weniger Wochen hat sich die politische Lage dramatisch verändert. Anfang 2010 standen wir mit unserer Einschätzung, die Krise sei noch nicht beendet und ein schlimmeres Nachbeben kündige sich an, gegen die herrschende Meinung. Noch vor fünf Monaten galten wir als zu pessimistisch - der G8-Gipfel von Deauville Ende Mai 2011 hatte sich erst gar nicht mit der Finanzkrise befasst.

Heute meint der Präsident der internationalen Bankenaufsicht, ein Zusammenbruch des gesamten Weltwirtschaftssystems sei möglich und Sarkozy erklärte jüngst vor Abgeordneten, keine Rezession wie 2008 / 2009, sondern ein echter Tsunami drohe...

Unsere Politiker sind heute in ihrem Bemühen, die Finanzmärkte ruhig zu stellen, wie gelähmt. Soll man angesichts abnehmenden Wachstums in den G7-Ländern (nur noch 0,1% Wachstum im zweiten Trimester dieses Jahres, also vor der jetzigen Krisensituation) neue Konjunkturprogramme auflegen, bis die Überschuldung bremst oder soll man über Sparprogramme geradewegs in eine Rezession steuern?

Welcher Arbeitnehmer kann im gesellschaftlichen Kontext der Massenarbeitslosigkeit eine Lohnsteigerung aushandeln? Wer kann noch in der Hoffnung kündigen, bald einen neuen Arbeitsplatz zu finden? Die Angst vor Arbeitslosigkeit grassiert heute in allen Köpfen und die Lohnquote ist auf ihrem historischen Tiefstand angekommen.

Die Schulden der öffentlichen Hand (80% bis 90% in Deutschland und Frankreich) sind unbestritten ein gravierendes Problem. Doch sollte man nicht lieber – statt bei Renten, Gesundheit und Bildung zu sparen – alle verfügbaren Steuerhebel einsetzen, um die benötigten Gelder von jenen 0,2% Superreichen einzutreiben, die - wenn man die gerechte und wirtschaftlich effiziente Verteilung des Volkseinkommens der 1970er Jahre zugrunde legt - diese Gelder der Gesellschaft schulden?

... Am 19. Oktober 2011 bekräftigte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in Frankfurt/M zu Recht, die Krise müsse an ihrer Wurzel und nicht nur an ihren Symptomen bekämpft werden. Die wirklichen Wurzeln der gegenwärtigen Krise aber sind 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit und der Rückgang der Lohnquote am Volkseinkommen (Erich Preiser sah in diesem, von ihm „Heteronomes Sparen“ genannten makroökonomischen Sachverhalt die wichtigste Ursache der Weltwirtschaftskrise 1929; siehe Preisers „Grundzüge der Konjunkturtheorie“, Tübingen 1933).

Durch zu niedrige Löhne und durch Arbeitslosigkeit ist die Verschuldung unserer Gesellschaften immer weiter gestiegen, Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit sind nicht die Folge, sondern eine der wichtigsten Ursachen der Krise.

Um aus der Schulden-Abhängigkeit heraus zu kommen, müssen Märkte reguliert und Spitzeneinkommen mit hohen Sätzen besteuert werden, vor allem aber muss die Arbeitslosigkeit bekämpft werden: nur wenn möglichst alle Arbeit (und

Mitbestimmungsmöglichkeiten im Arbeitsbereich) haben, kann die Krise auf Dauer beendet werden (weil sie an ihrer Wurzel bekämpft wird).

Im Jahr 1944, noch vor dem Bretton-Woods-Gipfel zur Neuordnung des internationalen Finanzsystems, organisierte Franklin D. Roosevelt das Philadelphia-Gipfeltreffen, auf dem soziale Standards als absolute politische Prioritäten international festgeschrieben wurden.

Roosevelt und die beteiligten Staatschefs bekräftigten „Ohne soziale Gerechtigkeit kann es keinen dauerhaften Frieden geben“ und definierten Grundregeln zur Entlohnung, zur Arbeitszeit und zur Verteilung der erwirtschafteten Einkommen zwischen Arbeit und Kapital.

Diese soziale Grundcharta mit recht konkreten Regeln - und die Keyneschen Regeln des Bretton-Woods-Abkommens für internationalen Handel und Zahlungsverkehr - hatten Wohlstand ohne Schulden beschert, bis sie von den Neoliberalen außer Kraft gesetzt wurden.

Die gute Nachricht ist: wenn uns Entscheidungen der Politiker in Krisensituationen geraten lassen, können andere politische Entscheidungen uns aus der Krise heraus führen.

Soziale Gerechtigkeit ist kein gesellschaftlicher Luxus, auf den aus Gründen der Krise verzichtet werden muss. Im Gegenteil, soziale Gerechtigkeit hat absolute Priorität beim Weg aus der Krise. Soll man auf einen Neuanfang passiv warten, bis es zu spät ist?

1933 wurde Franklin D. Roosevelt als amerikanischer Präsident Nachfolger von Herbert Hoover, genannt Mister „Do Nothing“. Roosevelts vorrangiges politisches Ziel war nicht, die Finanzmärkte ruhig zu stellen, sondern diese politisch in Griff zu bekommen. Und innerhalb von nur drei Monaten brachte er 15 diesbezügliche Reformgesetze auf den Weg!

Wie erwartet reagierten Aktionäre und Finanzwelt mit Wutausbrüchen. Vor allem liefen sie Sturm a) gegen die strikte Trennung der Banken in „normale“ Banken und (Finanz-) Investment-Banken sowie b) gegen den hohen Steuersatz auf Spitzeneinkommen. Doch der Präsident hielt Kurs, die von der Finanzwelt prognostizierten Katastrophen blieben aus und die amerikanische Volkswirtschaft fuhr 50 Jahre lang gut mit Roosevelts Regelwerk.

Im Gegensatz zu Roosevelts Leitspruch „We must act!“ erleben wir seit 2008 von unseren Politikern Passivität und Untätigkeit mit dramatischen Konsequenzen. Hätte beispielsweise die EU Ende 2008 die Tobin-Steuer eingeführt, hätte diese bis heute - nach unterschiedlichen Brüsseler Rechenmodellen – 200 bis 600 Milliarden Euro Einnahmen gebracht.

Mit diesem Geld in der Gemeinschaftskasse hätte das Europäische Parlament die Griechenland-Krise in ein paar Wochen geregelt gehabt, müsste nicht die Bürger belasten oder auf grünes Licht nationaler Parlamenten warten. Die Griechenlandkrise, in der Anfangsphase ein relativ kleines Problem, hätte niemals ihre heutigen Proportionen angenommen.

Zwar wurde die Tobin-Steuer vom Europäischen Parlament (mit den Stimmen der linken und rechten Parteien) im Grundsatz angenommen. Doch ihre Ausgestaltung wird noch immer in Kommissionen diskutiert und die Finanzlobby versucht alles, um endgültige Verabschiedung und Inkrafttreten der Tobin-Steuer zu verlangsamen. Während unsere Politiker immer noch diskutieren, agieren Spekulanten immer schneller und effizienter. Warum wartet man immer noch mit Verabschiedung und Einführung der Tobin-Steuer – deren Aufkommen etwa die deutsche Bevölkerung und die übrigen europäischen Völker beruhigen könnte?

Von den kleinen Leuten sollten keine Opfer mehr verlangt werden. Von nun an sollten diejenigen für einen gut ausgestatteten Euro-Stabilitäts-Fonds herangezogen werden, die sich 30 Jahre lang beträchtliche Einkommen und Vermögen angeeignet haben.

Die Wahrheit ist, dass sich aufgrund des Ausmaßes der weltweiten wirtschaftlichen Ungleichgewichte eine Krise nicht vermeiden lässt. Die grundsätzliche Frage ist jedoch, ob die Krise nur Turbulenzen zeitigt, die zu nationalem Zusammenrücken, zur Konstruktion eines politischen Europas und zur Humanisierung der Globalisierung führen oder ob die Krise sich zu einer Katastrophe à la Sarkozys Tsunami auswächst und ganze Teile unseres Gesellschaftsmodells zum Einsturz bringt.

Die im November 2011 von der G20 auf der Konferenz in Cannes zu treffenden – oder ausbleibenden – Entscheidungen sind angesichts des Ausmaßes internationaler Wirtschaftsverflechtung und der Mobilität des Kapitals von außerordentlicher Bedeutung. Zwar gäbe es auch auf europäischer Ebene genügend Hebel konzertierten Handelns, aber ein gemeinsames Vorgehen auf internationaler Ebene wäre noch sehr viel effizienter.

Wird die G20-Konferenz im November internationaler Spekulation und sozialer Ungerechtigkeit den Krieg erklären? Wird sie Roosevelts Geist von Philadelphia wieder aufleben lassen und Ausgangspunkt internationaler Kooperation in Fragen sozialer Gerechtigkeit sein oder wird dieser G20-Gipfel ein Gipfel der Lüge und Feigheit, vergleichbar der kapitulierenden Münchner Konferenz vom Herbst 1938?

Konkret: will die G20 die Finanzmärkte ruhig stellen oder will sie die Finanzmärkte in ihre Schranken weisen?

In Frankreich ist die ganze Linke vor allem auf die Wahlen des Jahres 2012 fixiert. Diese Wahlen sind zwar wichtig, aber sollte bis dahin die Wirtschaft richtig einbrechen, sich neoliberaler Diskurs in der öffentlichen Diskussion durchsetzen, sich populistische Vereinfachung aus zunehmender sozialer Verzweiflung ausbreiten und rationale Argumentation nicht mehr wahrgenommen werden, wird eine Politik der Krisenbewältigung für die Linke sehr viel schwieriger werden. Die französische Linke sollte daher über Fakten und Zusammenhänge der gegenwärtigen Situation aufklären („die Wahrheit sagen“), bei öffentlichen Diskussionen präsent sein und bei anstehenden Entscheidungen ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale werfen...